

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 23 (1947-1948)
Heft: 7

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1069209>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER MONAT

BLICK AUF DIE SCHWEIZ

Von Peter Dürrenmatt

AUS DEM LESEBUCH DER DEMOKRATIE

Im vergangenen Monat hat das Schweizer Volk die sogenannte Zuckervorlage mit eindeutigem Mehr verworfen. Es war wieder einmal ein Entscheid jener Sorte, da die Mehrzahl der großen Parteien und der offiziellen Stellen der Politik dem Stimmbürger empfohlen hatten, er solle Ja stimmen, dieser aber seinen eigenen Kopf durchsetzte und sich für das Nein entschied. Dieses Nein soll uns hier noch aus einem besonderen Grund ein wenig beschäftigen. — Es ging um eine *Gewissensfrage der Demokratie*: darf man dem Volk Bundesbeschlüsse vorlegen, die ziemlich komplizierte Dinge enthalten und deren sachliche Zusammenhänge nur der Fachmann wirklich übersehen kann, oder heißt es nicht das Wesen des Volksstaates übertreiben, wenn man derartige Spezialfragen dem Hans und dem Heiri zum Entscheid überläßt?

Die Frage ist so alt wie die direkte Demokratie. Sie hat indessen heute eine neue Aktualität bekommen, weil das Leben ständig komplizierter wird und in manchen Einzelheiten tatsächlich oft nur noch von Fachleuten beherrscht werden kann. Trotzdem darf uns das nicht am Grundsatz des Volksurteils irre werden lassen. Im Gegenteil! Je spezialisierter das Leben wird, desto größer wird die Gefahr, daß wir alle dem Irrtum verfallen, alles, was neben den vielen Spezialitäten auch existieren möchte, zähle nicht als Realität; es bedürfe in der Politik nur der geschulten Fachleute und eines zahnenden Volkes, das sich der planenden Organisation füge, — und schon funktioniere das glückliche Leben wie von selbst! Es fragt

sich nur, was für ein Leben! Das Nein einer Volksabstimmung, mit all seinen Zufälligkeiten und Stimmungsmomenten, ist ein Teil der Wirklichkeit dieses Lebens. Ein Gesetz oder ein Bundesbeschluß, die diese Seite der Wirklichkeit zu wenig einberechnet haben, sind in jedem Fall einseitig und daher lebensuntüchtig. Das Fachleuteprinzip wurde übertrieben. Das Nein zur Zuckervorlage ist ein ernstzunehmender Hinweis darauf, gerade in unsrer Gegenwart habe der Volksentscheid mit all seiner Zufälligkeit seine Bedeutung als Zeiger des unmittelbar Lebendigen behalten.

Man darf noch weiter gehen: das Nein zur Zuckervorlage ist ein Beispiel dafür, wie man in der Politik stets zwischen dem Symptom und der eigentlichen Sache, um die es geht, unterscheiden muß, und zwar in der «großen» so gut wie in der «kleinen». Der erste Weltkrieg ist nicht wegen der Schüsse von Serajewo ausgebrochen, so wenig wie der zweite wegen Danzig ausbrach. In beiden Fällen bedeuteten zwei Ereignisse das letzte Glied in einer Kette. Das Nein gegen die Zuckervorlage ging nicht nur gegen den «Bundeszucker», es ging gegen das Prinzip der staatlich gelenkten Wirtschaft als Selbstzweck. Nicht die Unwissenheit des Volkes hat also am 14. März gegen die Kugheit der Fachleute entschieden, sondern das Volk hat gegenüber der Frage der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft einen Grenzpfahl eingeschlagen. So muß man das Lesebuch der Demokratie studieren!